

Norbert Mette

Die kirchliche Gemeinde und die Friedensbewegung

Wie sollen kirchliche Gemeinden mit dem Thema „Frieden“ umgehen? Sollen sie versuchen, das Thema zwar grundsätzlich — biblisch und theologisch — zu behandeln, aber sich aus aktuellen Fragestellungen möglichst heraushalten? Oder sollen die Gemeinden ein Modell für den „friedlichen“, aber durchaus problemorientierten Umgang miteinander sein? Mette versucht zu begründen, warum insbesondere in einem basisgemeindlichen Ansatz von Gemeinden der Friede an vorrangiger Stelle stehen wird und daß jede Gemeinde lernen soll, Auseinandersetzungen um dieses Thema nicht zu scheuen, aber mit den unterschiedlichen Auffassungen so umzugehen, daß die Gesellschaft von der Kirche lernen kann, wie Voraussetzungen echten Friedens geschaffen werden können. Einige konkrete Hinweise wollen dazu ermutigen. red

1. Kirchliche Gemeinden — „Friedensforum“ oder „Friedensbewegung“?

Daß die Friedensdiskussion in den kirchlichen Gemeinden aufzugreifen ist, findet mittlerweile auch in der katholischen Kirche immer mehr Zustimmung. Allerdings wird damit gewöhnlich die Einschränkung verbunden, eine Gemeinde sei nicht in der Lage und es sei auch gar nicht ihre Aufgabe, als ganze in dieser Diskussion Position zu beziehen. Denn bei aller Einigkeit unter den Gemeindemitgliedern, daß dem Bemühen um Frieden gegenwärtig ein besonders hoher Stellenwert zukomme, dürfe nicht übersehen werden, daß es in den konkreten politischen und militärischen Fragen seiner Sicherung und Förderung unter ihnen sowohl faktisch als auch theologisch legitim unterschiedliche Positionen gebe. Für die Gemeinde bedeute das — so wird gefolgert —, daß sie sich einerseits aus der Auseinandersetzung um Frieden und Abrüstung nicht heraushalten könne, wolle sie nicht in einem gesellschaftlichen Abseits leben; andererseits müßten jedoch in ihr die verschiedenen politischen Auffassungen ihren Platz haben und vertreten werden können. Genau in dieser Aufgabenbestimmung wird die Möglichkeit einer durchaus auch politischen Relevanz der Gemeinde erblickt: ein Forum zu sein, das die Friedensdiskussion nicht noch weiter polarisieren läßt, sondern im Streit um den Frieden um Verständigung bemüht ist.

Verständigungs-
bemühen als
Fortschritt ...

Zweifellos stellt eine solche Vorgehensweise von Gemeinden insbesondere innerhalb des katholischen Raums einen beachtlichen und begrüßenswerten Fortschritt dar. Denn zum einen wird mit ihr der Vorstellung eine Absage erteilt, in ihren Gemeinden müßten die Katholiken

auf eine Einheitsmeinung im Sinne der geltenden Sicherheits- und Abschreckungsdoktrin eingeschworen werden. Immerhin war das gerade im deutschen Katholizismus lange Zeit gängige Praxis, und sie scheint sich teilweise bis heute hartnäckig zu halten. Zum anderen wird der gegenteiligen Tendenz gewehrt, die kirchlichen Gemeinden nunmehr aus den gesellschaftlichen und politischen Konflikten und Widersprüchen völlig herauszuhalten und sie in einen rein religiösen Raum — was auch immer das sei — anzusiedeln. Es ist übrigens längst nicht so, als seien diese Auffassungen bereits überwunden; im Gegenteil, sie finden im kirchlichen Raum weiterhin zum Teil einflußreiche Befürworter. Die offenere Haltung der Gemeinden in der Friedensdiskussion hat es darum keineswegs leicht, sich dagegen durchzusetzen.

... aber um jeden Preis?

Bedenken, die kirchliche Gemeinde im skizzierten Sinn als Forum der Verständigung zu konzipieren, werden jedoch auch von einer anderen Seite laut. Das Wettüben und insbesondere das atomare Vernichtungspotential hat für einige Christen, unter ihnen auch Katholiken, mittlerweile dermaßen bedrohliche Ausmaße angenommen, daß für sie eine gleichsam über den politischen Fronten stehende Haltung der Gemeinden nicht länger möglich ist. Für sie ist klar, daß Christen angesichts der augenblicklichen Situation, in der letztlich Leben und Tod auf dem Spiel stehen, sich eindeutig auf die Seite des Lebens zu schlagen haben. Von dieser Parteinahme dürfen sich nach ihrer Meinung auch die Gemeinden als ganze nicht dispensieren.

Für die Vertreter dieser Position ist es darum keine Frage, daß die kirchlichen Gemeinden mit anderen Gruppen in der Friedensbewegung zusammenarbeiten und Aktionsbündnisse eingehen können und sollen. Als Gemeinde Teil der Friedensbewegung zu werden und sich so zu verstehen, bedeutet für sie nicht, sie als beliebigen Bündnispartner vereinnahmen zu lassen. Vielmehr kommt es darauf an, daß Christen und Gemeinden ihren unverwechselbaren Beitrag in diese Bewegung einbringen — einen Beitrag, der natürlich, um von anderen akzeptiert zu werden, substantiell ausgewiesen und dadurch überzeugend sein muß. Damit ist die konkrete Friedensarbeit in der Gemeinde und durch sie angefragt. Bloße Deklarationen reichen nicht aus.

2. Die Friedensdiskussion als Anfrage an das Gemeindeverständnis

Vor allem die zuletzt skizzierte Position läßt deutlich werden, daß die Friedensfrage nicht bloß eine „von außen“ an die Gemeinden herangetragene Herausforderung darstellt, der sie sich stellen können oder nicht, sondern

daß sie grundsätzlicher das Verständnis von Gemeinde tangiert. Wenn man diesen Zusammenhang betrachtet, ergeben sich mit Blick auf die gegenwärtige kirchliche Wirklichkeit gleichsam typische Reaktionsweisen von Gemeinden auf die Friedensdiskussion:

In individualistisch orientierter „Betreuungspastoral“

So ist es beispielsweise für eine individualistisch orientierte „Betreuungspastoral“ charakteristisch, daß die Friedensthematik soweit wie möglich aus dem Leben der Gemeinde herausgehalten und es dem einzelnen überlassen wird, wie er über Frieden denkt. Gemäß dem vorherrschenden privatisierten und spiritualisierten Glaubensverständnis wird die Gemeinde allein für die Aufgaben für zuständig gehalten, die es mit der Erlangung des individuellen Heils zu tun haben. Daß sich hinter der beanspruchten Trennung von Glaube und Politik faktisch nicht selten eine umso engere Liaison mit einer bestimmten (partei-)politischen Auffassung verbirgt, sei hier nur am Rande vermerkt. Viel gravierender ist, daß dieses kein Zufall ist, sondern daß das durch ein Glaubensverständnis, das sehr stark auf Sicherheitsgarantien bedacht ist, begünstigt wird.

In einer „Angebotspastoral“

Das momentan vermehrt Zustimmung findende Konzept einer „Angebotspastoral“ tendiert dazu, der Friedensthematik einen eher beiläufigen Stellenwert in der Gemeindegemeinschaft einzuräumen. Sie wird zu einem „Angebot“ neben anderen, das sich insbesondere an die „Zielgruppe“ der politisch aufgeschlossenen Gemeindeglieder wendet, um auch ihnen eine aktive Teilnahme am Gemeindeleben zu ermöglichen. Daß es dabei zu Auseinandersetzungen zwischen kontroversen Positionen in der Gemeinde kommen kann, wird in Kauf genommen. Die Einheit der Gemeinde darf allerdings dadurch nicht gefährdet werden. Sie gilt als der letztverbindliche Maßstab, dem alle Aktivitäten unterzuordnen sind. So berechtigt diese Maxime ist, so führt sie nicht selten dazu, daß in Gemeinden eine recht oberflächliche Harmonie anzutreffen ist, die Kontroversen erst gar nicht aufkommen läßt.

In einem basisgemeindlich orientierten Ansatz

Für einen basisgemeindlich orientierten Ansatz wiederum ist es keine Frage, daß Probleme, die die Menschen gegenwärtig stark bewegen, auch auf der Tagesordnung von Gemeinden stehen müssen, und zwar an vorrangiger Stelle, und daß sie sich in ihrem praktischen Engagement mit Gleichgesinnten solidarisieren. Daß das mit Unruhen in den eigenen Reihen verbunden ist, ist für sie kein Grund, an der prophetischen Verbindlichkeit einer am Evangelium orientierten Nachfolgepraxis Abstriche vorzunehmen.

Pastoral-theologisches
Defizit in kirchlichen
Dokumenten ...

Angesichts dieser momentan in der kirchlichen Wirklichkeit antreffbaren Vielfalt ist es schwer, eine verlässliche, d. h. sowohl theologisch begründete als auch pastoral realisierbare Orientierung zu finden. In diesem Punkt weisen selbst die meisten neueren kirchlichen Dokumente zur Friedensdiskussion ein bemerkenswertes Defizit auf. Zwar machen sie bewußt, daß — wie es z. B. im Beschluß der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland „Der Beitrag der katholischen Kirche für Entwicklung und Frieden“ heißt — „der Dienst am Frieden in der Welt — inmitten der Spannungen und Konflikte unserer Zeit — ... zu der einen Sendung der Kirche“ gehört und daß die Kirche deswegen „durch Gebet und Handeln die ihr eigene Friedenskraft mobilisieren“ muß. Aber der Ort der Gemeinde wird in diesem Zusammenhang nur wenig reflektiert. Das liegt sicherlich daran, daß in den meisten Dokumenten die ethische Fragestellung im Vordergrund steht. Im Vergleich zu den teilweise überraschend klaren Weisungen, die sie in diesem Bereich aussprechen, bleiben die pastoralen Konkretionen in der Regel blaß. Mehr als ein Appell an die Gemeinden, ihrerseits verstärkt einen Beitrag zur Schärfung des Friedensbewußtseins zu leisten, kommt gewöhnlich nicht vor¹.

... und die
Ausnahmen

Eine andere Akzentuierung findet sich — jedenfalls ansatzweise — in den viel beachteten Stellungnahmen der reformierten Kirchen in den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland sowie in dem Hirtenbrief der amerikanischen Bischöfe². Dort wird sehr viel intensiver darüber nachgedacht, welche Auswirkungen die Dynamik des Wettrüstens sowie der drohende atomare Holocaust bis in das Gemeindeleben selbst hinein zeitigen. Denn — davon gehen die genannten Dokumente aus — die Existenz der modernen Massenvernichtungsmittel greift viel tiefer in die gesamte heutige Lebenswelt ein, als gemeinhin bewußt ist. Sie muß — wie es in einem Dokument der niederländischen Reformierten Kir-

¹ So fällt auch der letzte Abschnitt im Wort der Deutschen Bischofskonferenz zum Frieden („Gerechtigkeit schafft Frieden“, Bonn 1983), in dem es um „Impulse und Empfehlungen zur Friedensarbeit“ geht, hinter die vorhergehenden, teilweise sehr bemerkenswerten Ausführungen zurück. Das hängt offensichtlich damit zusammen, daß im Raum der Kirche bislang kaum Erfahrungen mit einer auch politisch dimensionierten Friedensarbeit vorliegen.

² Vgl. H.-U. Kirchoff (Hg.), Kirche und Kernbewaffnung. Materialien für ein neues Gespräch über die christliche Friedensverantwortung. Als Handreichung vorgelegt von der Generalsynode der Nederlandse Hervormde Kerk, Neukirchen-Vluyn 1981; ders. (Hg.), Wort an die Gemeinden zur Kernbewaffnung. Brief, Erläuterungen, Bericht. Vorgelegt von der Generalsynode der Nederlandse Hervormde Kerk, Neukirchen-Vluyn 1982; Die Herausforderung des Friedens: Gottes Verheißung und unsere Antwort. 2. Entwurf des Hirtenbriefes der Konferenz der Katholischen Bischöfe der USA zu Krieg und Frieden, Frankfurt/M. 1982.

che heißt — als „Teil einer weitreichenden Krise“ begriffen werden: „Was sich mit der Art unserer Bewaffnung in den internationalen Beziehungen manifestiert, finden wir in unserem persönlichen Leben wieder: in der Vereinsamung, in der Sucht nach Selbsterhaltung, in dem Auseinanderfallen der Gemeinschaft. Unsere Kultur ist gekennzeichnet durch einen ungeheuren Abfall vom Gehorsam gegenüber Gott und von der Liebe zum Nächsten. Wir sehen nämlich, wie die Orientierung an Selbsterhaltung die Lösung der wichtigsten Fragen blockiert. Der Materialismus, im Zusammenhang mit unserem technischen Können, bestimmt das Erscheinungsbild unserer Kultur. Das Angesicht der Armen entschwindet aus unserem Blickfeld. Die Aussagekraft der biblischen Wirklichkeit wird auf die Privatsphäre reduziert. Hoffnung und Gehorsam werden voneinander getrennt. Das ungebrochene Vertrauen auf den fortwährenden Rüstungswettlauf ist nach unserer Überzeugung die bedrohlichste Erscheinungsform all dieser Phänomene“³.

Die Christen und der Rüstungswettlauf

Dieses Zitat macht zugleich deutlich, wie sehr auch Kirche und Gemeinde in diese „sündige Situation“ verstrickt sind. Es sind ja nicht zuletzt Christen, die das derzeitige Sicherheitssystem nicht nur tolerieren, sondern seine ständige Weiterentwicklung forcieren, die Sicherheit und Überlegenheit in der Stärke von Waffen suchen. Es ist nüchtern zu konstatieren: Kirche und Gemeinden sind Teil der „Sicherheitsgesellschaft“ geworden und liefern dafür sogar noch die religiöse Legitimation⁴. Pathologische Verhaltensmuster in den Gemeinden sind Symptom dafür, wie sehr sie an den Zwängen und Gesetzmäßigkeiten teilhaben, die sich im Gefolge eines übersteigerten Sicherheitsstrebens einstellen⁵. Statt daß etwa die Angst- und Ohnmachtsgefühle, die immer mehr Menschen angesichts eines drohenden Schreckens, der in seinem Ausmaß für sie nicht übersehbar ist, empfinden, in den Gemeinden artikuliert werden können, werden sie dort gewöhnlich lediglich kompensiert oder gar verdrängt. Der genannte Synodenbeschuß nennt eine ganze Reihe von friedenshemmenden Einstellungen, Verhaltensweisen und Strukturen, wie sie in Kirche und Gemeinden angetroffen werden können: „etwa die fehlende

³ Erläuterung zum Brief an die Gemeinden über die Kernwaffenrüstung, in: H.-U. Kirchhoff (Hg.), Wort an die Gemeinden zur Kernbewaffnung, a. a. O., 7–43, hier: 21 f.

⁴ Vgl. Abrüstung und Sicherheit. Plattform der Pax Christi, Frankfurt/M. 1981, bes. 11 f.

⁵ Vgl. ausführlicher Bensberger Kreis (Hg.), Frieden — für Katholiken eine Provokation? Ein Memorandum, Reinbek 1982, bes. 16 ff. 65 ff.

Bereitschaft, schuldhaftes Verhalten und dessen (geschichtliche) Ursachen aufzuarbeiten, geltende Leitvorstellungen kritisch zu überprüfen, Motive und Interessen von Andersdenkenden und von Gegnern zu berücksichtigen, für Benachteiligte Partei zu ergreifen, auch wenn dies herrschender Meinung zuwiderläuft; die Neigung, sich um einer — trügerischen — Sicherheit willen abzuschließen und einzukapseln; schließlich ganz allgemein eine gewisse Angst, einerseits eigene Auffassungen zu erarbeiten, zu begründen und zu vertreten, andererseits jedoch auch die offene und faire Auseinandersetzung in Kirche, Staat und Gesellschaft zu wagen sowie die dafür notwendigen Fähigkeiten zu entwickeln, einzuüben und zu stärken“ (Gesamtausgabe I, 496).

Alle diese Verhaltensmuster begünstigen ein eigenartiges Sicherheitssyndrom, das der herrschenden Sicherheits- und Abschreckungsdoktrin sehr entgegenkommt; umgekehrt trägt diese ihrerseits dazu bei, solche Muster zu verstärken.

... eine Anfrage an die Gemeinden

Angesichts dieser Situation — so betonen die genannten Dokumente — stellt sich für die Gemeinden unweigerlich die Frage nach ihrem eigenen Selbstverständnis. Können sie, solange sie in die skizzierten Gesetzmäßigkeiten verstrickt sind, statt sie zu bekämpfen und zu überwinden, überhaupt Gemeinde sein? Können sie so ihrer Sendung gerecht werden, die in Jesus Christus geschehene Versöhnung der Menschheit mit Gott zu bekunden und dafür in der Art des Umgangs miteinander ein Zeichen zu sein? Oder verdoppeln sich in den meisten Gemeinden nicht nur jene Zwänge und jene Hoffnungslosigkeit, wie sie auch ansonsten vorherrschend geworden sind? Diese Fragen machen deutlich, daß spätestens in einer Situation, in der die Vernichtung der gesamten Schöpfung jederzeit Wirklichkeit werden kann, eine Gemeinde die Friedensfrage nicht bloß als politisches oder moralisches Problem neben anderen behandeln kann; sie hat vielmehr zutiefst theologische, d. h. den Glauben selbst tangierende Implikationen und damit zugleich pastorale Konsequenzen. Die in diesem Zusammenhang entscheidende Frage lautet, ob die Gemeinde einen Lebensraum bildet, der ebenfalls von dem erdrückenden Horizont der drohenden Menschheitsvernichtung überwältigt wird, oder ob sie vom „Erwartungshorizont des Reiches Gottes“ (E. Bloch) her wirklich neue Lebensmöglichkeiten eröffnet und realisiert.

Gemeinden als „Friedens-Laboratorien“

Wenn theologisch zu Recht darauf insistiert wird, daß der christliche Glaube nicht allein in der privaten In-

nerlichkeit realisiert werden kann, sondern daß die soziale Verwirklichung für ihn eine zentrale Dimension bildet, so hat das mit der Überzeugung zu tun, daß Gott seine Herrschaft des Friedens unter den Menschen errichten will und bereits jetzt erfahrbar werden lassen möchte. Vorab die Kirche und ihre Gemeinden sind dazu berufen, etwas von den neuen Möglichkeiten menschlichen Zusammenlebens sichtbar werden zu lassen⁶. „Christus ist unser Friede“ — dieses Bekenntnis drückt eine Erfahrung aus, wie sie in der Gemeinde zu machen ist: einerseits entlastet zu sein von der Notwendigkeit, auf jeden Fall den Frieden selbst erzwingen zu müssen, wobei eigene Unzulänglichkeiten nicht eingestanden werden dürfen; andererseits diese Entlastung vor der eigenen Überforderung als Befreiung zu einem entschiedenen solidarischen Einsatz für immer mehr Frieden und Gerechtigkeit zu erleben. Gemeinden können gleichsam als „Friedens-Laboratorien“ verstanden werden⁷: In ihnen können Formen eines versöhnenden und friedlichen Umgangs miteinander und mit anderen ausprobiert und eingeübt werden, die es in der ganzen Gesellschaft zu realisieren gilt. Umgekehrt bedeutet das, daß eine Gemeinde gerade aus ihren Erfahrungen der durch die Versöhnungstat Christi gestifteten Lebensmöglichkeiten heraus Widerspruch anmelden muß und Widerstand zu leisten hat gegen alles, was Leben vernichtet und ein solidarisches Erleben in Frieden und Gerechtigkeit verhindert. Eindrucksvoll heißt es in dem bereits zitierten Dokument der niederländischen reformierten Kirche: „Wir bekennen, daß die Gemeinde aus dem Glauben an ihren Herrn Jesus Christus leben darf, der der Sieger ist, nicht durch die Anwendung von Gewalt oder Gegengewalt, sondern indem er das Kreuz des anderen trägt und an dessen Stelle leidet. Von ihm hören wir: ‚Mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden‘ (Matth. 28, 12). Von diesem Glauben her wird die Gemeinde sich gegen die Mächte zur Wehr setzen, die das Drohen mit dem Tod

⁶ Vgl. hierzu auch die Ausführungen zur Bergpredigt im Hirtenwort der Deutschen Bischöfe, besonders in den Abschnitten 2.3, 2.4 und 4.1.

⁷ So R. Friedli, *Frieden wagen*, Freiburg/Schweiz 1981, 77. — Dazu sei aus dem Hirtenwort der Deutschen Bischöfe zitiert: „Um so mehr sehen wir uns aufgefordert, als Christen Verhaltensweisen und Lebensformen zu verwirklichen, die Gottes größere Gerechtigkeit schon hier und jetzt bezeugen . . . Christliche Friedensarbeit umfaßt: Einstehen für das Reich Gottes, Bereitschaft zur Versöhnung, Protest und gewaltloser Widerstand gegen das Unrecht in den Grenzen des Rechts, bedeutet Feindesliebe, Opfer, Einsatz des eigenen Lebens. Wir müssen schon jetzt jene Ordnung des Friedens vorbereiten, die zu ihrem Schutz keiner Androhung von Gewalt bedarf, sondern auf wechselseitiges Vertrauen und Gerechtigkeit gegründet ist. Dazu ist Mut zum Umdenken und zur Umkehr nötig. Der Aufbau von Gewaltpotentialen und die Demonstration von Gewalt können als solche kein politisches Ziel von Christen sein“ (4.4.1; vgl. auch 4.4.2).

immer weiter perfektionieren. Aus diesem Glauben an den gekreuzigten Herrn kann die Gemeinde es nicht hinnehmen, daß die Feindschaft in der Welt das letzte Wort behalten soll“⁸.

3. Friedensarbeit der Gemeinde — Ansätze und Perspektiven

Diese theologische Rückbesinnung legt es nahe, unter den eingangs skizzierten Positionen dem basisgemeindlichen Ansatz, der die kirchliche Gemeinde in eine deutliche Nähe zur Friedensbewegung bringt, einen Vorzug einzuräumen. Das bedeutet aber nicht, daß die übrige kirchliche Realität, die davon bekanntlich noch weit entfernt ist, einfachhin abgeschrieben werden müßte. Im Gegenteil, auch und gerade die hiesige volkshirchliche Situation kann in diesem Zusammenhang durchaus als Chance gewertet werden. Ist sie doch ein spezifischer Ausdruck dafür, daß Kirche und Gemeinden unweigerlich Anteil haben „an den Lebensfragen, Konflikten und Polarisierungen der Gesellschaft, in der sie leben“⁹. Die Frage ist nur, wie diese Verstrickungen der innerkirchlichen Öffentlichkeit stärker bewußt gemacht und gemeinsame Lernprozesse eingeleitet werden können. Einige Erfahrungen dazu, wie sie in verschiedenen Gemeinden gewonnen worden sind, seien im folgenden als Anregungen weitergegeben. Sie sollen ein wenig konkretisieren, was es heißt, daß Gemeinde — um eine Formulierung von Th. Strohm aufzugreifen — „ein höchst dynamisches, um das rechte Verständnis und aktuelle Zeugnis ringendes Versöhnungsgeschehen“¹⁰ ist.

3.1 Beginn der Friedensarbeit durch einzelne Gemeindeglieder und Gruppen

Es ist nüchtern davon auszugehen, daß Friedensarbeit in der Gemeinde und durch sie angestoßen werden muß durch einzelne Gemeindeglieder, die dieses als eine zentrale Angelegenheit ihres Glaubens zu begreifen gelernt haben. Die besten kirchenamtlichen Verlautbarungen — das haben die vergangenen Jahre gezeigt — fruchten nichts, wenn sie nicht in den Gemeinden wenigstens auf einzelne stoßen, die sich deren Anliegen zu eigen machen. Angesichts der massiven Widerstände und Lernblockaden, wie sie in der Regel in den Gemeinden anzutreffen sind, kann dieses Engagement allerdings nur durchgehalten werden, wenn es auf Dauer durch Grup-

⁸ Erläuterung (Anm. 3), 21.

⁹ Bensberger Kreis, a. a. O., 119.

¹⁰ Th. Strohm, Zu diesem Band, in: ThPr 18 (1983) 2 f, hier: 2. — Ausdrücklich sei auf dieses Heft verwiesen, das unter dem Thema steht: „Friede ist der „Weg zum Frieden“ — Dienst der Versöhnung als Auftrag der christlichen Gemeinde. Eine vollständige Dokumentation vorliegender Erfahrungsberichte von Friedensarbeit in Gemeinden ist nicht möglich; verwiesen sei etwa auf M. Karnetzki, Friedensarbeit in der Kirchengemeinde, in: Pastoraltheologie 70 (1981) 350—360; H.-J. Benedict, Eine Woche lang Überstunden für den Frieden: ebd., 360—367; F. Kerstiens, Friedensgebet, Ostermarsch und ein Austritt aus der KAB, in: Publik-Forum vom 22. 12. 1982; M. Dammann, Ökumenische Friedensarbeit in Haltern, in: N. Mette (Hg.), Wie wir Gemeinde wurden, München—Mainz 1982, 158—167.

pen getragen wird. Diese Gruppen sind notwendig, um sich zu vergewissern, daß man mit seiner Überzeugung nicht allein steht; sie sind der Ort, wo die Beteiligten ihre Einstellungen reflektieren und kritisch überprüfen können; sie sind der Kreis, von dem aus Initiativen in die Gemeinden hineingetragen und die für deren Realisierung erforderlichen Fähigkeiten erworben werden können. Entscheidend ist, daß diese Gruppen einen Lebensstil entwickeln, der beispielhaft vorwegnimmt, wozu die Gemeinde insgesamt berufen ist. Weiterhin ist es für diese Gruppen ein wichtiger Impuls, daß sie die Erfahrung machen können, nicht allein zu sein, sondern mit gleichgesinnten Gruppierungen innerhalb und außerhalb der Kirche in einem lebendigen Austausch zu stehen.

3.2 Erziehung und Bildung als vorrangige Aufgaben

Erziehung und Bildung zum Frieden stellen eine vorrangige Aufgabe innerhalb der Gemeinden dar. Darin stimmen fast alle Verlautbarungen und Diskussionspapiere aus dem innerkirchlichen Raum überein; die dort formulierten Richtziele und Anregungen brauchen hier nicht wiederholt zu werden¹¹. Das Problem allerdings, das bei entsprechenden Realisierungsversuchen immer wieder begegnet, ist, wie die vorfindbaren massiven Lernblockaden aufgebrochen werden können, so daß wenigstens die Bereitschaft entsteht, sich der Friedenthematik zu stellen. So sehr es auch gilt, gerade im Raum der Kirche beispielsweise zur Enttabuisierung der Grundannahmen, auf denen die geltende Abschreckungsdoktrin aufruht, beizutragen, auf die damit verbundenen moralischen Probleme aufmerksam zu machen, sowie Alternativen zur Diskussion zu stellen, so muß beachtet werden, daß durch eine solche Diskussion nicht nur Verunsicherungen ausgelöst werden dürfen, sondern daß auf die berechtigten Sicherheitsbedürfnisse Rücksicht genommen werden muß. Es reicht darum nicht aus, bloß an die Glaubenskraft zu appellieren; es geht daneben um die Gewinnung von Kompetenz, um ein „informiertes Abrüstungsbewußtsein“¹². Daß das möglich ist, haben inzwischen viele Bischöfe in eindrucksvoller Weise vorgemacht.

Momentan besteht kein Mangel mehr an Texten, die die Friedensproblematik in christlicher Sicht zur Diskussion stellen. Trotzdem gelingt es erfahrungsgemäß nur sehr

¹¹ Vgl. vor allem den Synodenbeschuß (Anm. 1), bes. 499 f; Frieden wahren, fördern und erneuern. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 1981, bes. 61–67; Bensberger Kreis, a. a. O., 36 ff. 115 ff; Gerechtigkeit schafft Frieden 5.2.

¹² Vgl. H. Schierholz, Statt einer Einleitung: Plädoyer für ein informiertes Abrüstungsbewußtsein, in: ders. (Hg.), Frieden — Abrüstung — Sicherheit, Reinbek 1981, 7–18.

schwer, sie in die innerkirchliche Öffentlichkeit hineinzufragen. Hierzu bedarf es eines Anstoßes, der überhaupt erst das Ausmaß des drohenden Schreckens sowie die Tatsache, daß jeder einzelne davon unmittelbar betroffen ist, bewußt werden läßt und Betroffenheit auslöst. Friedenswochen, an deren Vorbereitung und Gestaltung möglichst viele Gruppen beteiligt werden, haben sich in diesem Zusammenhang bewährt, weil sie eine Vielfalt von entsprechenden Lernformen ermöglichen¹³. Aber auch Einzelaktionen wie Friedensausstellungen, Buchausstellungen u.a.m. bilden für manche den ersten Schritt, um sich weiterhin mit der Thematik zu beschäftigen. Vorbildlich ist das Engagement holländischer Friedensgruppen, von Haustür zu Haustür zu gehen und Leute in die Friedensdiskussion zu verwickeln. Die Absicht, ihre Kirche zur atomwaffenfreien Zone zu erklären, hat in einer Gemeinde intensive Diskussions- und Bewußtseinsbildungsprozesse ausgelöst. Das sind Beispiele dafür, wie es gelingen kann, Menschen aus der Reserve zu locken und „hautnah“ mit der Friedensproblematik zu konfrontieren.

3.3 Zeichenhaftes Handeln . . .

Es ist wichtig, daß Handlungen und Aktionen auf Gemeindeebene, die den Lernprozeß in Sachen Frieden vorantreiben wollen, einen erkenntlich zeichenhaften Charakter haben. Das meint, daß sie niemandem eine Meinung aufzwingen wollen, sondern daß sie um Verständigung werben. Zeichenhaftes Handeln macht deutlich, daß keiner beanspruchen kann, er wisse mit letzter Verbindlichkeit, wie Frieden gemacht werden kann; sondern es verweist auf den Frieden, der von Gott kommt. Es versucht, in aktueller und situativer Konkretion etwas von diesem Frieden erfahrbar werden zu lassen, und möchte Freiräume eröffnen, die z. B. vor Sackgassen im politischen Bemühen um Friedensförderung und -sicherung bewahren, indem kreativ nach neuen Handlungsmöglichkeiten gesucht wird. Von der Praxis Jesu bezieht zeichenhaftes Handeln sowohl seinen Ansporn als auch seine Verbindlichkeit.

. . . in Aktion und Kontemplation

Für solches zeichenhaftes Handeln ist die gediegene Verbindung von Aktion und Kontemplation, von Politik und Mystik besonders charakteristisch. Zu denken ist etwa an die Schweigekreise, in denen viele einzelne sich zusammenschließen, um ihrer Betroffenheit über das fort-dauernde Wettrüsten und seine Folgen öffentlich Ausdruck zu verleihen¹⁴. Das „Fasten für den Frieden“

¹³ Vgl. A. Battke, Friedenswochen — Experimentierfelder politischen Handelns: ebd., 309—330.

¹⁴ Vgl. I. Illich, Das Recht auf würdiges Schweigen, in: M. Grone-

greift auf eine traditionsreiche religiöse Praxis zurück: „Die Fastenaktion . . . hat zunächst einmal eine geistliche Bedeutung für die Beteiligten. Sie versammeln sich, weil sie entsetzt sind über den Wahnsinn fortgesetzter atomarer Rüstung und weil sie zeigen wollen, daß sie gemeinsam nach einem anderen Weg suchen. Das Fasten ist ein Hilfsmittel bei der Besinnung; die Teilnehmer wollen sich aus dem Mitläufertum der expandierenden, militärisch gesicherten Industrie- und Konsumgesellschaft lösen. Es geht den Beteiligten um das Gewinnen einer neuen Identität und um das Aufbauen neuer Beziehungen . . . Eine Fastenaktion soll zum Ausdruck bringen, daß man zunächst einmal sich selbst vorwirft, jahrzehntelang sich mit dem militärischen Drohsystem, der industriellen Expansion, dem Hunger in der Dritten Welt abgefunden zu haben, und daß es nun einer moralischen Anstrengung, der Bereitschaft zu persönlichem Risiko und Opfer, bedarf für einen Kurswechsel.“¹⁵ Wallfahrten und Friedenswanderungen sind Zeichen für die persönliche Bereitschaft, sich mit anderen gemeinsam auf den Weg zu machen. Wie einfach bisweilen sehr wirkungsvolle Zeichen gesetzt werden können, wird aus Kirchengemeinden der DDR berichtet, die im Anschluß an einen Probealarm die Kirchenglocken haben läuten lassen.

Friede als
durchlaufende
Perspektive

Über das bisher Gesagte hinaus muß daran erinnert werden, daß kirchlicher Lebensvollzug insgesamt zeichenhaftes Handeln ist. Es ist darum bewußt zu machen, wie den gemeindlichen Grundvollzügen Frieden als durchlaufende Perspektive innewohnt. An dem Sakrament der Versöhnung und der Eucharistiefeier läßt sich das besonders deutlich machen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die amerikanischen Bischöfe heben den Friedensgruß hervor, weil er zeichenhaft den Friedensbeitrag christlicher Gemeinden zum Ausdruck bringt, nämlich daß die derart Gegrüßten in einem Lebenszusammenhang aufgenommen sind, in dem sie unverletzbar sie selbst sein dürfen¹⁶. Doch wo keine entsprechenden Erfahrungen zugrundeliegen, drohen solche Gesten und Zeichen nur noch ritualisiert, ohne Alltagsbezug vollzogen zu werden. Sie lassen nicht mehr erkennen, daß in ihnen eine Neuorientierung aus der Versöhnung mit Gott angeboten und gefordert wird, die situationserhellend und

meyer — R. Gronemeyer (Hg.), Frieden vor Ort, Frankfurt 1982, 153—156.

¹⁵ Th. Ebert, Einüben des Widerstands, in: *Mediatus* 2 (1982), Nr. 11, 1.

¹⁶ Vgl. Die Herausforderung des Friedens, a. a. O., 69. Zur theologischen Interpretation vgl. E. Jüngel, Zum Wesen des Friedens, München 1983, bes. 49 ff.

3.4 Ein notwendiger Balanceakt

-verändernd wirksam werden will¹⁷. Hier wird in besonderer Weise deutlich, wie die Friedensdiskussion das Selbstverständnis von Gemeinde und ihrer Lebensvollzüge tangiert.

Friedensarbeit in der Gemeinde wird von den engagierten Gruppen häufig erlebt als „Balanceakt zwischen dem behutsamen Versuch, Vertrauen zu schaffen und zu erhalten, und auf der anderen Seite dem Versuch, die eigene Betroffenheit in ungeschminkter Einseitigkeit zu sagen und zu vertreten“¹⁸. In der Tat kommt es auf beides an: Bewußtseinsbildung für den Frieden wird erleichtert, wenn sie sich in einer Sphäre zwischenmenschlichen Vertrauens vollzieht; d. h. beispielsweise konkret, daß die Verfechter des Friedensanliegens wenigstens als Personen anerkannt werden, ohne daß unbedingt ihre Überzeugungen geteilt werden. Auf einer solchen Basis führen Konfrontationen, die nicht nur nicht zu vermeiden, sondern bewußt zu riskieren sind, nicht sofort zu massiven Abwehrhaltungen.

Dennoch werden Spannungen und Konflikte in einer Gemeinde unvermeidbar sein. Umso wichtiger ist es, ihnen nicht um des vermeintlichen Friedens willen auszuweichen, sondern mit ihnen so umgehen zu lernen, daß sie die Gemeinde auf ihrem Weg zum Frieden weiter voranbringen. Indem in einer Gemeinde um die Verbindlichkeit des ihr aufgetragenen Friedenszeugnisses gestritten werden kann, ohne daß dabei das Bemühen um Verständigung abgebrochen wird und Exkommunikationen (im Sinne des Ausschlusses aus diesem Verständigungsprozeß) vorgenommen werden, leistet sie einen höchst bedeutsamen Friedensbeitrag.

Daß ein solcher „Weg in die reife Christengemeinde“ — wie die amerikanischen Bischöfe sagen — „anspruchsvoll“ ist, ist kein Grund, sich nicht verstärkt um ihn zu bemühen. Denn hat eine Gemeinde, die ihrer Sendung treu bleiben will, überhaupt eine Alternative?

¹⁷ Vgl. Bensberger Kreis, a. a. O., 120. — Es sei hier darauf verzichtet, eigens auf den zentralen Stellenwert des Gebets für christliche und gemeindliche Friedensarbeit einzugehen; dazu finden sich in den gen. Dokumenten zahlreiche bemerkenswerte Hinweise. Zum Zusammenhang von Friedensgebet und politischem Handeln vgl. auch N. Mette, Zum Friedenshandeln erziehen, in: P. Eicher (Hg.), Das Evangelium des Friedens, München 1982, 165—188, bes. 187 f.

¹⁸ J. Dietermann, Frieden als Versöhnung oder als Störung?, in: ThPr 18 (1983) 90—96, hier: 95.